

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/2, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 24 Pf. Postgebühren Nr. 7742.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühren beträgt für die einblättrige Beilage oder deren Raum 20 Pfennige, für Bezugs- und Veranlagungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 186.

Donnerstag, den 11. August 1893.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

„Medicin und Politik.“

Unter dieser Ueberschrift hat die „Frankf. Ztg.“ in drei Artikeln durch einen eigenen, nach Barmen entsandten Correspondenten Differenzen zwischen der dortigen Ortskrankenkasse und den Ärzten besprochen, die bereits in der ganzen reactionären Presse gegen die Arbeiterverwaltung bei den Ortskrankenkassen ausgebeutet worden sind. Namentlich im letzten Artikel liefert die „Frankfurter Zeitung“ diesen Angriffen neues Material. Deshalb ist eine Darstellung sehr willkommen, die jetzt in unserem Centralorgan von der Sache erscheint.

Im Frühjahr dieses Jahres ist es da, schwaben zwischen der Ortskrankenkasse zu Barmen und den dortigen „Arzten“ Verhandlungen über einen neuen Contract. Es schien eine Zeit lang, als ob eine Einigung nicht zu erzielen sein würde, und es bestand daher die Gefahr, daß nach Ablauf des bisherigen Contractes bei der Entzweiung von Arzneimitteln für die Kassemitglieder dieselben Bedingungen Platz greifen würden, wie sie für jeden Privatmann gelten, d. h. sofortige Bezahlung der Arzneien bei dem Empfang der Arzneimittel und Wegfall jeder Ermäßigung und des Rabatts. Die Kasse verlangte deshalb von den Ärzten, daß sie, falls ein Contract mit den Apothekern nicht zu Stande käme, selbst die von ihnen verordneten Arzneien, soweit deren Abgabe nicht den Apothekern gesetzlich vorbehalten ist, den Kranken übergeben, bzw., soweit das nicht möglich, den Kranken einen baaren Vorschuß in Höhe der Kosten des Receptes machen sollten; zu diesem Zwecke sollte den Ärzten ein Arzneischatz mit den gebräuchlichen „Handverkaufsartikeln“ und eine entsprechende Geldsumme zur Verfügung gestellt werden. Als die Ärzte dies ablehnten, kündigte ihnen der Kassenvorstand ihre Stellen zum 1. Juli. Diese Kündigung nahmen die Ärzte nicht an, sondern erklärten, daß, nach den bestehenden mündlichen Abmachungen, die Kündigung erst am 1. Juli für den 1. October erfolgen könne. Das Festsitzen einer solchen Vereinbarung wurde schließlich auch von der Kasse zugegeben; es wurde außerdem der Streit mit den Apothekern bald beigelegt und so fiel der eigentliche Anlaß der Kündigung fort. Eine formelle Zurücknahme der Kündigung seitens des Vorstandes scheint indessen nicht erfolgt zu sein.

Deshalb war der Kassenvorstand sehr überrascht, als am 18. Juni durch ein Schreiben die Kassennärzte ankündigten, daß sie mit dem 1. Juli ihre Thätigkeit an der Kasse einstellen würden, wenn nicht bis dahin ein neuer Vertrag zu Stande käme. Als Grundlage für diesen Vertrag stellten die Ärzte folgende Forderungen auf: dreijährige Dauer, Erhöhung der Besoldung von 2,75 Mk. auf 3 Mk. pro Kopf der Kassemitglieder, und Befragung des Arztausschusses vor der Ertheilung von „Recept-Rügen“ an Ärzte, d. h. von Rügen wegen Arzneiverwendung zc.

Es wurde nunmehr eine gemeinsame Commission des Vorstandes und der Ärzte eingesetzt, die schließlich auch eine Einigung erzielte. Der von dieser Commission entworfene Contract wurde aber dann von der Generalversammlung der Kasse am 29. Juni in vorgerückter Stunde und bei schwacher Theilnahme der Kassendelegierten abgelehnt. Der für einen solchen Fall angeordnete Arztestreit trat nunmehr in Kraft, dauerte jedoch nur bis zum 6. Juli. An diesem Tage griff die Aufsichtsbehörde ein und es wurde nunmehr ein Vertrag

zwischen Kasse und Ärzten, im Wesentlichen auf der Grundlage des vorher von der Kassen-Generalversammlung abgelehnten Entwurfs, abgeschlossen.

Verlucht man unbefangen die einzelnen Phasen dieses wirtschaftlichen Kampfes zu würdigen, so kann zunächst nicht zugegeben werden, daß — wie das Flugblatt des Kassenvorstandes behauptet — die Ärzte „indirect mit den Apothekern sich gegen den Vorstand verbündeten“. Indem die Ärzte das Verlangen ablehnten, welches den Anlaß zur Kündigung gab, bekundeten sie nur, daß sie in dem Streite zwischen Kasse und Apothekern neutral bleiben wollten. Die letzten Gründe dieser Neutralität, die man freilich als eine wohlwollende nicht bezeichnen kann, hier auseinanderzusetzen, würde zu weit führen, und ist auch deshalb überflüssig, weil ja dieser Streitpunkt schließlich gar keine Rolle mehr spielte.

Besonderes Mißfallen hat dann ferner das Vorgehen der Ärzte insofern erregt, als sie erst die Kündigung des Vorstandes zum 1. Juli als contractwidrig zurückwies, dann aber am 18. Juni plötzlich erklärten, daß sie auf Grund der erhaltenen Kündigung an jenem Tage ihre Thätigkeit niederlegen würden. Nach dem Vorstandesflugblatt selbst muß aber dessen rechtliche Beurteilung dieses Vorgehens noch als zweifelhaft angesehen werden; dies namentlich auch deshalb, weil, wie erwähnt, eine formelle Zurücknahme der Kündigung nicht erfolgt zu sein scheint. Sollte aber wirklich das Vorgehen der Ärzte sich als „Contractbruch“ kennzeichnen, so muß doch auf eins hingewiesen werden: auch die „Arbeiter“ im engeren Sinne des Wortes schrecken bei dem Streite, welche sie beginnen, nicht immer vor dem Contracte zurück.

Unter den Forderungen der Ärzte ist nun die beantragte Lohnerhöhung auch vom Kassenvorstande nicht beanstandet worden; sie fällt auch deshalb schon nicht ins Gewicht, weil die 21,000 Mitglieder zählende Kasse finanziell sehr günstig dasteht, und zum Beispiel im Jahre 1897 bei einem Beitragsfuß von 2 1/2 Procent des Tagelohnes und 26 wöchentlichem Unterstützungsbauern dem Reservefonds über 24,000 Mark mehr zuführen konnte, als gesetzlich erforderlich ist. Die übrigen Forderungen bezieht der Vorstand in seinem Flugblatt als solche, die „durchgeführt, die ganze Verwaltung der Kasse in die Hände der Ärzte gelegt hätten“. Die einzelnen Forderungen, auf die sich dies Urtheil bezieht, werden dabei leider nicht angeführt. Ich weiß daher nicht, ob diese Wendung auf die gewünschte längere Contractsdauer und auf die andere oben erwähnte Forderung — daß die Receptfälscher vor der Aburtheilung durch den Vorstand erst von der sachverständigen Arztelecomission begutachtet werden sollen — zu beziehen ist. Wäre dies der Fall, wie ich fast annehmen muß, so könnte ich eine solche Auffassung und Darstellung des Sachverhaltes kaum billigen. Wie schon bei früherer Gelegenheit ausgeführt, enthält doch namentlich die letztere Forderung weiter nichts, als dasjenige, was auch die industriellen Arbeiter zu fordern pflegen: die Errichtung von Arbeiterausschüssen, deren Befragung gerade in derartigen Streitfällen am Platze ist.

Als an sich bedauerlich muß es ferner erscheinen, daß die Generalversammlung der Kasse am 29. Juni ihren Vorstand im Stiche ließ, indem sie den mit den Ärzten vereinbarten Contractentwurf des Vorstandes in der Generalversammlung ablehnte. Erst dadurch wurde der Streit so zugespitzt, daß den Ärzten eigentlich ein anderes Mittel, als der Streit, nicht blieb; ein Streit, den ich in diesem Falle um so mehr bedauere, weil die Unternehmer, gegen welche er sich richtet, durch einen socialdemokratischen Kassenvorstand dargestellt werden.

Milbernd fällt andererseits ins Gewicht, daß dieser Beschluß erst gefaßt wurde, nachdem die Versammlung sich in Folge der vorgerückten Stunde stark gelichtet hatte; vorher, als noch eine größere Zahl anwesend war, hatten sämtliche Bestimmungen des Entwurfes einzeln mit großer Mehrheit Annahme gefunden.

Soweit der „Vorwärts“. Auch nach dessen Auffassung ist in dem Barmen Conflict das Recht auf Seite der Ärzte. Sie haben einfach ihr Berufsinteresse wahrgenommen. Nicht zu übersehen ist aber, daß die Differenzen keinem Uebelwollen gegen die Ärzte entsprangen, sondern daß die Kasse zu ihrer unwürdigen Haltung gegen die Ärzte durch den Kampf mit den Apothekern gedrängt wurde. Die Monopolwirtschaft der Privatapotheken ist mit den Interessen des Publicums absolut nicht mehr verträglich. Würde die Medicamente durch Wegfall des von allen Seiten mit Recht angeforderten Apotheken-Monopols ihren natürlichen Preis haben, so würden den Kassen die Mittel nicht fehlen, ihre Ärzte besser zu bezahlen, und der Streit wegen der Recept-Controle würde fast ganz verschwinden.

Auch der preussische Handelsminister theilt sich, wie sein Vorgänger Verleppich, an dem Feldzug gegen die Arbeiterverwaltungen in den Ortskrankenkassen. Er hat unter dem 9. Juli an den Oberpräsidenten in Potsdam folgende Verfügung erlassen:

„Der Vorstand des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen und der Berufsgenossenschaften hat wiederholt bei mir zur Sprache gebracht, daß vielfach von den Vorständen der Generalversammlungen der Ortskrankenkassen mit den Angehörigen der Kassen willkürlich verfahren werde, indem diese namentlich anlässlich der Neuwahlen des Vorstandes ohne Grund entlassen würden, um anderen, zum Theil ungeeigneten Personen Platz zu machen. Dieses in Einzelfällen auch von mir beobachtete Vorgehen bedroht und schädigt nicht nur die Effizienz zahlreicher in den Geschäften der Kassen erfahrenen Personen, sondern entspricht auch nicht den Interessen der Kassen selbst, denen an der Erhaltung eines ordentlich vorzubereiteten Personals und eines gleichmäßigen Geschäftsganges gelegen sein muß. Ich ersuche Sie daher, durch die Aufsichtsbüro der Vorstände der Ortskrankenkassen Ihres Bezirks darauf hinzuwirken und zu veranlassen, daß mit den Angehörigen der Kassen gehörige Dienstverträge abgeschlossen werden, in denen die Gründe der Kündigung und angemessene Kündigungsfristen bestimmt werden. Dabei empfehle ich sich, in diesen Dienstverträgen die Bestimmung vorzunehmen, daß eine Kündigung des Personals durch den Vorstand nur bei groben oder wiederholten Verletzungen der Dienstpflichten zulässig sei und daß über die Frage, ob diese Voraussetzungen zutreffen, im Streitfalle ein Schiedsgericht oder die Aufsichtsbehörde entscheiden sollen. Gezeichnet Brieselb.“

Erläuternd wird dazu bemerkt, daß die gewerklisch und politisch organisierten Arbeiter bei der durch die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz von 1892 eingetretenen Verschiebung des Schwergewichts der Krankenversicherung und der Ortskrankenkasse gesucht hätten, die Verwaltung in ihre Hände zu bekommen. Ihre Bestrebungen nach dieser Richtung hin seien in den großen Städten und Industriegegenden meist von durchschlagendem Erfolge gewesen. Ihre so in der Kassenverwaltung gewonnene Machtstellung hätten sie jedoch nach einer Richtung hin gemißbraucht, die zu den schwersten Bedenken Veranlassung gäbe. Mit dem eintretenden Wechsel der Vorstände finde meist auch ein Wechsel der Beamten statt. Die oft vielfach ein Lebensalter in der Kasse thätig gewesenen Beamten würden auf die Straße gesetzt und müßten solchen Personen Platz machen, die in demselben Berufe, für den die Kasse errichtet worden ist, agitatorisch thätig waren.

Diese Darstellung leidet an großen Uebertreibungen, die leicht erklärlich sind, weil sie aus Eingaben stammen, die ge-

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Remirowitsch-Dantschenko.

Illustrirte Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. A. Karlow und E. Stein (Nachdruck verboten.)

VII.

Tschernomorzew's Mißerfolg.

Die Ueberschwemmung in Tyrol und Norditalien war eine furchtbare. Die Bergbäche wurden zu wilden Flüssen, die Flüsse zu Seen und diese überschwemmten die Thäler. Kleine Dörfer, Bäume, Gärten — Alles stand unter Wasser. Die Eisenbahnhütten wurden weggespült und nur die Bergwege blieben halbwegs passierbar. Auch unsere Reisenden mußten sich endlich entschließen, die Bergwege zu benutzen. In vergeblicher Erwartung, daß das Wasser endlich abnehmen werde, saßen sie zwei Wochen in Trient. Aber jeden Morgen meldete der ewig lächelnde Kellner, daß das Wasser noch gleich hoch in den Thälern stehe, und der verschlafene Dr. Mohr's-Inspector wunderte sich nur noch über die Frage: Wann endlich die Züge nach Wien abgingen? — Man ärgerte sich, aber was half's? Jeder Thurm, jede Ruine wurde besichtigt, die verschiedenen Excursionen wurden gemacht. Andrej Fedorowitsch wurde sehr unruhig; die Geschäfte in seinem Bankcomptoir schienen während seiner Abwesenheit nicht gut besorgt zu werden. Auch Welinski machte ein finsternes Gesicht und schickte Telegramme über Telegramme nach Petersburg. Endlich faßte Welinski den Entschluß, zu Fuß weiter zu reisen und, wo es ging, Equipagen zu mieten. Alle waren damit einverstanden.

Unsere Reisesocietät sah jetzt sehr sonderbar aus. Die Damen hoben nach Möglichkeit die Kleider in die Höhe. Welinski hatte unter seinen Kleidungsstücken ein Paar Kanonenkugeln gefunden und stolzirte darin umher. Joseph der Schöne

widerte seinen dicken Körper in ein grünes Tyrolercothurn, dadurch seine Ähnlichkeit mit einer Melone noch vergrößert.

„D, ich bin gut zu Fuß!“ sagte er zu dem alten Stojleschnitow. „Ihnen wird das Gehen allerdings schwer fallen!“

„Doch schon nach einer halben Stunde sah Minkin ganz anders aus. Es war an der Stelle, wo der Fluß Lavise unter wildem Gebrause mit der Woge zusammenstieß. Joseph Lasarewitsch erschrak so vor diesem Geräusch, daß er ganz den Kopf verlor, und beinahe in die Tiefe hinabgestürzt wäre, wenn ihn Korotkowsky nicht rechtzeitig gehalten hätte.“

Bis St. Michele gelangten unsere Reisenden noch, allerdings mit großer Mühe. Aber hier, in dem letzten Ort des italienischen Tyrol, erklärte der schöne Joseph, daß er beim besten Willen nicht mehr weiter könne und hat Welinski in ganz tragischem Tone, ihn in den Fluß hinabzuwerfen.

Alle vertieften, was zu thun sei. Endlich halfen die italienischen Führer aus der Noth.

„Subito! Subito!“ riefen sie beruhigend und zogen geschwind einen Karren aus einem Speicher. Minkin wurde hineingelegt.

„Avanti!“ rief der Führer.

„Semper avanti!“ antworteten die Andern, und weiter ging es.

Tschernomorzew ging mit Tatjana Borissowna, sie bald kügend, bald schleichend. Uebrigens fiel die „historische Dame“ öfter absichtlich in seine Arme, sodaß der Unglückliche unter der gewichtigen Last fast zusammenbrach.

Als sie jetzt gerade wieder an seine Brust sinken wollte, öffnete er die ermatteten Arme, und die Masse der Brownin-Larakanow fiel in ihrer ganzen Schwere zu Boden.

Tschernomorzew entschuldigte sich und hob sie schleunigst auf. Der kleine Zwischenfall hätte auch wohl nicht mehr wie-

ein Gelächter gekostet, wenn Ihre Excellenz sich dabei nicht das Kleid zerrissen hätte. Daran nun erwachsen für Tschernomorzew neue Folterqualen.

Tatjana Borissowna verlangte, daß er nunmehr vor ihr hergehe, da er sonst die Geheimnisse ihrer Toilette sehen könne. Doch gleichzeitig schlug sie seine Hilfe nicht etwa aus. Der Herr mußte die Hände nach hinten austrecken und die süße Last so vorwärts ziehen.

„Tschernomorzew verdient seine Mitgift im Schweiße seines Angesichts!“ sagte Korotkowsky lachend. Er und Kadja hielten sich immer ziemlich entfernt von der Societät, sodaß die Andern sie nicht beobachten konnten.

„Ja, er muß sich die „historische Dame“ teuer erwerben, — nicht so wie Du, — Du bist ein Faulenzger!“

„Wenn Du willst, so werde ich Dich auf meinen Armen tragen!“ erwiderte er.

„Woher willst Du die Kräfte hernehmen?“ lachte sie. — Ohne eine Wort zu sagen, beugte er sich nieder, umschlang ihre Füße und hob sie in die Höhe. Kadja schwebte in der Luft.

„Laß doch! Laß doch! Ich bitte Dich!“

Doch erregt durch ihre Nähe, berührte durch den ihm so nahestehenden jugendlich schönen Körper, ging Korotkowsky schnell vorwärts.

„Man wird uns sehen!“

„Wer? Verhalte Dich nur ruhig!“

„Es ist so unbequem!“

Korotkowsky setzte sie auf seine Arme und trug sie wie ein Kind. Sie umschlang mit ihren Händen seinen Hals. Ihre Haare lösten sich. Der Künstler betrachtete das Wädgen leidenschaftlich. Sie lehnte sich bald mit ihren heißen Wangen an sein Gesicht, bald wandte sie sich leicht ab, wenn er ihre Lippen küssen wollte. So dauerte es, bis Korotkowsky plötzlich zerbrach. Kadja besah die Augenblicke, bevor sie seinen

wisse Beamtenvereine an den Minister gerichtet haben. Diese Beamtenvereine möchten am liebsten die Selbstverwaltung der Kassen vernichten, um städtische Beamte mit gesicherter Pension zu werden. Die Arbeiter-Interessen sind ihnen ganz Neben- sache. Eine große Anzahl von Kassenbeamten ist, seitdem diese Tendenzen erkennbar wurden, aus dem betreffenden Verband ausgeschieden bezw. ihm gar nicht beigetreten und hat durch Verhinderung mit den Kassenvorständen seine Wünsche erreicht. Es bleibt also nur beizuhelfen, daß der preussische Handels- minister solche maßlose Angriffe unbeschadet abschreibt, während er doch z. B. selbst wissen mußte, daß Kassenbeamte noch gar kein „Lebensalter“ bei Kassen thätig gewesen sein können, weil die gemeinten Kassen überhaupt erst ein Duzend Jahre be- stehen.

Es scheint aber wirklich, daß jetzt von gewisser Seite eine richtige Geze gegen die Arbeiterverwaltung in den Distrikten- kassen inscenirt werden soll. Die Arbeiter werden auf der Wecht zu sein haben!

Kriegervereine und Socialdemokratie.

Dieser Tage ist, wie die „Berliner Volkszeitung“ aus Rommern mittheilt, an ein Mitglied des Kriegervereins in Sagarb folgendes Schreiben ergangen, das uns im Original vorliegt und das wir wörtlich wiedergeben.

Herrn F. E. Sagarb.

Obwohl in den Kriegervereinen sargungsgemäß Politik nicht getrieben werden soll, giebt es doch eine Politik, die nicht verboten, sondern für uns Gebot ist — zu wachen für Kaiser und Reich, König und Vaterland. — Ob Sie diese (1) Pflicht bei Anlag der letzten Reichstagswahl nachgelassen sind (wörtlich) muß der Vorstand des hiesigen Krieger- und Militärvereins nach den ihm gemachten Mittheilungen leider bezweifeln. Mit dem Geldhahn, die Satzungen des Vereins neu zu befolgen, übernimmt jeder Eintretende, wie mit einem Eide, seine Pflichten gegen Kaiser und Reich. Wer dagegen handelt, bricht seinen Eid und ist nicht würdig, Kamerad eines Kriegervereins zu sein. Sie sind daher auf Beschluß des Vorstandes des hiesigen Krieger- und Militärvereins aus dem Verein ausgeschlossen worden, was Ihnen hiermit zur Kenntnis gebracht wird.

Der Vorstand des Krieger- und Militärvereins Sagarb und Umgegend. Der Vorsitzende J. Gerke

Sagarb, d. 1. August 1888.

Den von dem Ausschluß Betroffenen sind in Folge der Affaire schwere geschäftliche Nachteile erwachsen. „In Rommern scheint es Menschen zu geben, die einen derartig Ausschloffenen wie einen Pestkranken meiden und ihn ihre wirtschaftliche Macht fühlen lassen, so daß unter Umständen die Erfindung von Personen untergraben wird, die sich nichts weiter haben zu Schulden kommen lassen, als daß sie sich erlaubt haben, eine eigene politische Meinung zu begeben und sie zu betätigen.“

Gegen die Seginnungsriechei in den Krieger- vereinen macht sich auch in den Kriegervereinen selbst Oppo- sition bemerkbar. Der Kriegerverein „Germania“ in Halle hatte die behörliche Besetzung erhalten, eines seiner Mitglieder, den Subdirector Karl Lange aus dem Verein aus- zuschließen, weil Lange — in Angelegenheiten des Vereinsverbandes — mit socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten verkehrt habe. Der Vorstand faßte denn auch einen dahin lautenden Beschluß und legte ihn in der letzten Vereinsversammlung den Mitgliedern zur Bestimmung vor. Die Vereinsmitglieder legten aber mit 39 gegen 37 Stimmen den Ausschluß Langes ab. Die Folge davon war, daß der Vorstand sein Amt niederlegte und Ober- vollzugsinspector Hauptmann v. S. Bepdemann mit vier weiteren Ehrenmitgliedern und zehn Mitgliedern aus dem Verein aus- schied. Es fand nun am vergangenen Sonnabend eine außer- ordentliche Generalversammlung der „Germania“ statt, deren Ergebnis den Verein bis jetzt leitet. Der Verein in seiner großen Mehrheit nichts weniger als einzu- lenken beabsichtigt. Es wurde nämlich nach be- wegten Debatten Subdirector Lange, der schon früher das Amt des Vorsitzenden bekleidet hatte, mit 51 gegen 10 Stim- men zum Vorsitzenden wiedergewählt. Dieses Stimmentheilsverhältnis ergibt, daß die starke Minorität, die in der vorigen Versammlung für Langes Ausschluß war, in- zwischen erheblich zusammengeschmolzen ist.

Im Kriegerverein in Reine sollte ein Herr Böhm,

welcher in Folge der Aeußerung: „er könne die Welfen als Reichsfeinde nicht betrachten“, auf Beschluß des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluß hatte Herr Weber Berufung an die Generalversammlung er- hoben und dieselbe beschloß mit großer Majorität die Auf- hebung des Vorstandesbeschlusses. Herr Weber bleibt demnach Mitglied des Vereins.

Der Kriegerverein in Kloster Bennigsen, der unter seinen 137 Mitgliedern 103 Socialdemo- kraten zählt, hat sich der „Nord. Allg. Ztg.“ zu Folge auf Veranlassung des Landrathes auflösen müssen.

Die Arbeiterpolitik des Grafen Posadowsky

richtet sich in allen Stücken nach den Wünschen der Unter- nehmer. Die Unternehmer suchen jeden Pfennig zu sparen, wenn die Empfänger Arbeiter sind. Dem Spartrieb der Arbeiter kommt Graf Posadowsky durch folgende Bekannt- machung weit entgegen. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

Gemäß der Vorschrift des § 20 des Gesetzes, betr. die Un- fallversicherung der Seelente und anderer bei der Seeschif- fahrt beteiligter Personen, vom 13. Juli 1887 (Reichs-Ges.-Bl. S. 329), ist eine neue Revision der durch meine Bekanntmachung vom 22. December 1887 festgelegten Durchschnittsbeträge des monatlichen Lohnes (Seuer) oder Gehalts, welcher bei der Bemessung des Jahres-Arbeitsverdienstes der zur Befahrung deutscher Seefahrzeuge gehörenden Personen zu Grunde zu legen ist, vorgenommen.

Dabei hat sich ergeben, daß zu einer anderweitigen Festsetzung dieser Durchschnittsbeträge eine ausreichende Ver- sicherung nicht vorliegt. Die Festsetzungen der Bekannt- machung vom 22. December 1887 bleiben daher auch fernerhin in Geltung.

Die Renten der Seelente werden nicht so berechnet, wie die Renten anderer Arbeiter, sondern statt des wirklichen Ar- beitsverdienstes setzt der Reichskassirer denselben fest und dazu werden zwei Fünftel des für Seefahrer geltenden Durch- schnittsverdienstes als Geldwerth der auf Seefahrerungen ge- währten Beförderung hinzugezogen. Das Neunjache eines so ermittelten Monatsverdienstes gilt als Jahresarbeitsverdienst. Entspricht der angenommene Arbeitsverdienst der Monatsseuer und der Seemann arbeitet das ganze Jahr, dann erhält er nur 50 Procent seiner Jahresentnahme als Rente.

Ist der Seemann so schon ungenügender gestellt, als die übrigen Arbeiter, so wird die Zurücksetzung noch dadurch ver- mehrt, daß der angenommene Arbeitsverdienst noch hinter der länglichen Seuer zurückbleibt, die dem Seemann gezahlt wird. Als am 1. Januar 1888 das Seemannsversicherungsgesetz in Kraft trat, erwartete man, die Befahrung der Berufsgenossen- schaft würde erheblich höher sein, als sie geworden ist. Die Reichskassirer hatten sich gründlich verrechnet. Ihre falsche Rechnung wurde der Grund zur ungerechten Behandlung der Seelente. Was aber 1887 zu bezweifeln, aber nicht zu ent- schuldigen war, ist, wenn es heute, nach den gesammelten Er- fahrungen wiederholt wird, unsere Liebdeinnerei gegenüber den Capitalisten. Würde man jetzt die Renten des Seemanns so berechnen, wie die Renten anderer Arbeiter berechnet werden, dann hätten die Arbeiter keine höheren Beiträge zu zahlen, als man 1887 bei der damals festgesetzten Höhe der Steuern an- genommen hat.

Die Monatsseuern für Seemanns, Segelmacher und andere Handwerker wurden auf 45 Mk. festgesetzt. Also wird 18 Mk. für Beförderung gezahlt. Der Seemann bekommt also als Rente monatlich 31,50 Mk. Hinterläßt ein auf dem Seeschiff der Arbeit nach Seien gekommenen Matrose eine Familie, so hat er in der Seebefahrung das Bewußtsein, daß seine Frau monatlich 9,45 Mk. und wenn er viele un- verheiratete Kinder hat, daß seine Familie bis zu 28,35 Mk. Monatsrente beziehen kann.

Die Seemannsrenten können eine solche Rente noch nicht er- langen, denn für sie ist die Monatsrente auf 40 Mk. festgesetzt. Bei dem Betrag von 40 Mk. Monatsrente 29 Mk. monatlich und deren Seemann beträgt es auf eine Monatsrente von 8,70 Mk. In der Seemannsrechnung heißt es: „In einer anderweitigen Beförderung liegt eine ausreichende Veranschlagung nicht vor.“ Diese würde wohl als vorläufig anzusetzen sein, wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, die Sätze noch herabzudrücken. Dieser geht aber nicht, weil die angenommenen Sätze noch

das Bekannte betrifft keine Klage, gleichmäßig ruhige Hygiene- nische. Anstandslos verhalten, sich auf den Boden zu halten, doch möglich sollte er sich in die Luft heben. Noch einen Augenblick, und er liegt in den Händen der Polizei. Der Herrmann sagte ihm für und her und legte ihn langsam auf den nächsten trecken Platz des Platzes nieder. Am liebsten hätte er den Körper wohl umarmt.

„Sie haben ja auch eine ganz respectable Kratt!“ sagte er halb spöttisch.

Rahja wurde ganz blaß vor Ärger. „Hätten Sie mir irgendwas aus menschlichen Rücksicht Tajana Borisowna auf den Armen getragen!“

Belinski lächelte nur.

Roschinsky ging etwas verwirrt auf das Mädchen zu. „Sagt von mir! Was mirigt Sie ab wie ein Rädchen und Sie lassen es sich gefallen!“

„Aber warum soll ich denn von der Schuldige sein? Sie verlangen es ja.“

„Die Kunde ist wahr, das Sie irgendwas sind als ein Dumm!“

„Aber, Senka, wenigstens im Feld abhört! Aus dem Schloß wurde die Sonne, nicht wahr, mit der Zeit noch ist zum Tage!“ sprach Roschinsky zu Rahja.

„Lächeln in den Augen Rahja's glänzend, hielt der Befragte eine — Belinski lächelte hinter den Hut und ging weiter, die Beiden allzu leise. Der Herrmann verstand sich vorzüglich auf seine Sache. Er sagte, daß man die Liebe eines Mädchens erreichen kann, wenn man dieselbe preize, aber ihn, den Mann, nachgeben, ist es nicht in letztem Sinne.

„Warum lächeln Sie mich, Rahja!“

„Ich ärgere mich Demontagen! Dieser große Herrsch und hat die Nase noch einmal so hoch tragen.“

(Gestricheltes Bild)

hinter den niedrigsten Steuern zurückbleiben, die nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich im Jahre 1897 in Deutschland gezahlt wurden. Die niedrigsten Steuern wurden 1897 in Ost- und Westpreußen an Vollmatrosen gezahlt, indem dort für 47,80 Mk. angemessert wurde. In Hannover und Oldenburg erhielten die Vollmatrosen 62,66 Mk. Würden die Seelente zwei Drittel ihres Arbeitsverdienstes als Voll- rens bekommen, dann müßten die Oldenburger Matrosen statt 378 Mk. jährlich mindestens 644 Mk. erhalten. Den Heberu solche Mehrbelastung aufzubürden, dazu liegt nach Ansicht des Grafen Posadowsky keine Veranlassung vor. Die Seelente sind durch das Seemannsversicherungsgesetz gegenüber anderen Arbeitern so stark benachtheiligt, daß weitere Benachtheiligung durch Verwaltungsmaßregeln heute als offene Ungerechtigkeit erscheint.

Zur Fleischvertheuerung.

Ueber die künstliche Fleischvertheuerung durch die Agrarpolitik der Regierung wurde am Dienstag Abend in einer Schächterversammlung in Berlin lebhaft Klage geführt. Obermeister Moritz Schmidt erklärte, seit dem Steigen der Fleischpreise im Jahre 1889 sei der goldene Boden des Fleisch- gewerbes verschwunden. Viele Meister hätten in den letzten Jahren ihr Geld angelegt, andere hätten Schulen gemacht. Ein Schächter- meister aus dem Osten führte dann aus, daß die Agrarpolitik der Regierung, das Einfuhrverbot, die Grenzsperrn, sowie die zu- nehmende Einfuhr von ausländischen, nicht kontrollirten Fleisch- waaren hauptsächlich zum Untergang des blühenden Fleischgewerbes beigetragen habe. Verlangt wurde, die Fleischerei sollten zunächst die Befreiung der Grenzsperrn, die Erleichterung der Einfuhr lebenden Viehs, dann die Gleichstellung der ausländischen Fleischwaaren bei der Einfuhr mit deutschen, d. h. Unterwerfung des eingeführten Viehs unter die deutsche Fleischschau verlangen. Die Kontrolle der vom Auslande eingeführten Fleischwaaren sei ungenügend. In Rixdorf hat eine Versammlung am Montag einen ähnlichen Verlauf genommen. In nächster Zeit sollen in allen Stadttheilen Ver- sammlungen zu dem gleichen Zwecke einberufen werden, denen dann im September eine allgemeine Fleischerversammlung der Innung folgen soll.

Von der ober-schlesischen Grenze wird der „Post. Ztg.“ ge- schrieben: Bei der Station Gogelbad überschreiten jetzt täglich im Durchschnitt 500 Personen die russisch-preussische Grenze. Der Zweck dieser Völkerwanderung aus den Kreisen der ober-schlesischen Ar- beiterbevölkerung ist kein anderer, als in Rußland billige Einkäufe von Fleischwaaren zu machen. Bei der Höhe der diesseitigen Fleisch- preise, die für Schweinefleisch auf 50 bis 70 Pf. und für Speck, das Hauptnahrungsmittel des ober-schlesischen Arbeiters, auf 65 bis 75 Pf. pro Pfund geschlagen sind, ist dieser ungeheure Zulauf bei den russischen Fleischhändlern sehr erklärlich; aber ebenso erklärlich ist die Thatfache, daß bei unserer agrarfreundlichen Grenzpolitik dem diesseitigen Volkwohlstande ganz erhebliche Geldsummen ver- loren gehen.

Des Kaisers Jerusalemfahrt.

Die kölnische Zeitung bemüht sich, die Fahrt als eine rein unpolitische Unternehmung darzustellen. Sie schreibt u. A.: „Eine außerordentliche Thorheit liegt darin, daß französische Blätter sich den Kopf darüber zerbrechen, ob der deutsche Kaiser sich mit dem Plane der Aufrichtung eines großen kleinasiatischen Reiches trage, das er, ein neuer Kreuzfahrer, aus dem Leibe der Türkei herauszuschneiden wolle. Wichtig ist es, daß wir die vorfindliche Forderung der Franzosen, den Schutz der Christen im Orient auch über unsere Untertanen auszuüben, mit allem Nachdruck zurückweisen; aber abgesehen von dem Schutze, den wir unsern Untertanen im Orient zu Theil werden lassen, haben wir in Kleinasien gar keinen Ehr- geiz. Heutzutage hat jeder gebildete Mensch den Wunsch, den Orient kennen zu lernen, und wer die Mittel dazu besitzt, der führt den Vorzug auch aus. Dieses Recht, das jedem Globetrotter (Weltenbummler, eigentlich Erdballtrotter) zusteht, sollte auch verständigerweise dem deutschen Kaiser nicht verknümmert werden, und man sollte sich billigerweise versagen, ihm andere als diese ganz natürlichen Beweggründe unterzuschreiben. Wenn der Kaiser auf die Annektirung aller Länder ausginge, die er bisher besucht hat, so müßten sich in erster Linie die Russen, die beunruhigt fühlen, und auch die Engländer würden dann allen Grund haben, den anlässlich der bevor- stehenden Orientreise geplanten Besuch Ägyptens mit äußerster Mühe zu betrachten.“

Sittirung von weiblichen Personen. Aus Anlaß der bekannten Fälle von Mißbräuchen von Polizeibeamten hat der Polizeipräsident von Berlin eine Reihe von Ab- änderungen der Bestimmungen über die Sittirung von Frauen- personen erlassen, die in einem bestimmten Bedachte stehen. Der Zweck der abgeänderten Bestimmungen geht dahin, bei den Sittirungen unliebsames Aufsehen zu vermeiden und die Mißgriffe zu verhüten. Personen, die unter dem Verdacht irgend eines Gewerbes nachzugehen, von der Straße weg geführt werden, sollen auf dem nächsten Polizeirevier sofort von dem Reviervorstand beim seinem Vertreter vernommen werden. Bestreiten die be- züthenden Personen, was ihnen vorgeworfen wird, so ist auf der Stelle bei ihren Angehörigen oder in sonst geeigneter Form Recherche anzustellen, und wenn sich ihre Angaben bewahrheiten, ihre Frei- lassung anzuordnen. Bestätigen sich ihre Angaben nicht, aber können sie selbst ihre Schuld ein, so sind sie nicht, wie bisher, im gelben Wagen, sondern in einer Droschke nach dem Polizei- präsidium zu schaffen, wo die bezüglichen Feststellungen und die Ermahme einer ärztlichen Untersuchung sofort stattzufinden haben.

Für abenteuerliche Bahnbauten in Afrika suchen die Colonialschwärmer wieder Zustimmung zu machen. In einer colonialen Correspondenz wird allen Ernstes der Bau großer Bahnen bis ins Centrum des afrikanischen Continents verlangt. — Darüber ließe sich reden, wenn die Colonial- schwärmer selbst das Geld dazu hergeben wollten.

Freitwillige für den Militärdienst in Si- en. In Si- en anwerben zu helfen, ist der Landrath als Civildienstgeber der Ersatzcommissionen anvertraut worden. Sie sind angewiesen, in öffentlicher Bekanntmachung darauf auf- merksam zu machen, daß Anfang November d. J. bei den Seebataillonen zur Einstellung gelangen eine größere Anzahl Dreijährig-Freitwilliger, die im Frühjahr nächsten Jahres nach Si- en zu entsenden aufgestellt werden sollen, und geeignete, tropenbewein- liche Leute zu veranlassen, sich möglichst bald direkt an die der Commandos der beiden Seebataillone zu wenden.

Kleine politische Nachrichten. Die Robelle zum Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz wird nach Mittheilung der „Köln. Ztg.“ bald fertig sein und dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgehen, so daß man anzunehmen dürfte, der Reichstag werde sich gleich bei seinem Zusammentritt be- mühen zu beschließen haben. — Ein Antrag zur Beschaffung von

Armen und ließ dem ihr nachziehenden Roschinsky voran. Bald hatten sie Belinski eingeholt.

„Was treiben Sie denn da?“ lautete Belinski's Lächeln, die brennenden Gesichter der Beiden betrachtend.

Rahja's weiblicher Instinct regte sich plötzlch. „Sag, da sollst etwas richtig werden!“ dachte sie.

„Leontii Beronitsch ist immerfort...“

„Ist er Ihnen unangenehm geworden?“

„O nein, im Gegentheil, er ist so gut und lieb!“

„So? — Und warum ärgern sich denn seine Siebe?“

„Er trug mich auf seinen Armen!“ Sie machte ein ganz ernstes Gesicht und beschränkte verhalten den Blick.

„Das thut er?“ fragte Belinski verwundert.

„Ja, er trug mich auf den Armen! — Warum können Sie? Er hob mich einfach auf und trug mich davon, und das ist sehr angenehm, es ist sehr angenehm wie in einem Stuhl.“

„Aber es mir vorstellen!“ sagte Belinski, sich mühsam beherrschend.

„Ja, für sehr angenehm ist es! Roschinsky, wollen Sie mich nicht noch ein wenig tragen? — Sie, Serge Sergejewitsch, Sie können es doch nicht!“

„Sagen Sie, ich will es nicht!“

„Aber Sie haben doch keine Kräfte!“

„Ich bin härter als Roschinsky,“ sagte Belinski ruhig.

„Aber, wenn gelassen Sie mir wohl zu sprechen.“

„Wollen Sie? Wie wollen es vertragen?“ wandte sich der Herrmann an den Rädchen.

„Aber ich verachte Sie? Sagen Sie vertragen!“ sagte Roschinsky lächelnd.

„Ich schreie nicht, ich will beschämen, das ich härter bin als Sie! — Also, hier ist der Platz!“ — Belinski und Roschinsky verhielten sich stumm. Einige Schritte vor- gingen; der Rädchen war noch sprechen vor Roschinsky.

entlassener Soldat hat nach dem „Vorwärts“ auf seinem Arm die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eintato und ist ihm dies auch als „besonderes Kennzeichen“ in seinem Militärpaß bescheinigt. Der Hauptmann soll ihn grimmig angeweltet haben: „So einen Mann können wir nicht gebrauchen, Sie kommen ins Lazareth und da wird es ausgebrannt werden.“ Es ging aber nicht. — Der Bestand an Kriegsfahrern bei den Infanteriebataillonen ist jetzt verdoppelt worden, so daß nunmehr jedes Bataillon mit vier Rädern ausgerüstet ist. Gleichzeitig sind genaue Bedingungen für die Lieferungen, sowie die wichtigsten Directiven für Prüfung und Abnahme der Armeefahrer aufgestellt worden. Um das Erkennen der Radfahrer im Felde zu erleichtern, werden alle Schrauben geläut, die blanken Theile brüniert und alle Constructionstheile so weit als möglich schwarz emallirt. Der Fahrer muß sich zu kostenloser Verrichtung aller Mängel, die im Laufe eines Jahres hervortreten, verpflichten. — Die antimilitarischen Excesse in Gallien haben nunmehr ihr gerichtliches Nachspiel. In Krasou wurden am Dienstag 17 Bauern, welche in Krasou, trotz der Abwehr der Bürgerwache, die ganze Nacht hindurch die Häuser der Juden plünderen, abgeurtheilt. Zwölf Bauern wurden zu einem bis vier Monaten schweren Kerker verurtheilt, vier freigesprochen. — Bei der Erschließung der italienischen Kammer in Massa Carrara wurde der Radicale Bielli mit 3893 Stimmen gewählt. Der Protestandabst Ghesli, der zu 8 Jahren Kerker verurtheilte Redacteur der „Italia del Popolo“, erhielt 2412 St. — Der französische Kriegsminister hat angeordnet, daß ausländische Getreide nicht mehr zu den Heereslieferungen zugelassen sei, nachdem die zeitweilige Aushebung der Getreidezölle wieder außer Kraft getreten ist. — Die Judenheger in Algier treiben Dank der Nachsicht der Behörden ihr Spiel weiter. In der Stadt Algier entspann sich am Dienstag in Folge eines Streites eine Schlägerei zwischen Juden und Antisemiten. Einige Revolverkugeln wurden gewechselt, doch ist Niemand verletzt worden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. — Die Lage in Jemen (Arabien) beschränkt sich, direkte Berichte aus der türkischen Besetzung als eine Anzahl von beunruhigten Nachrichten. Die Fronte entzündet beträchtliche Verstärkungen; 10,300 Mann sind seit dem Mai nach Arabien abgegangen, davon 6800 im Juti. Weitere Verstärkungen werden unverzüglich erwartet. Die Ruhebedingungen sind enger, als man glaubte.

Ausland.

Die englisch-russischen Zwistigkeiten

wegen Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Ostasien sind dem Anschein nach wieder einmal gütlich beigelegt worden. Die Sprache der russischen und englischen Blätter in der betr. Streitsache ist eine viel gemäßigtere geworden, wie u. A. ein Leitartikel der „Times“ vom Dienstag beweist, in welchem einer Verständigung mit dem russischen Rivalen das Wort geredet wird. Als bestes Zeichen der Beruhigung kann der Umstand gelten, daß der Leiter der englischen Politik, Lord Salisbury, eine Ferienreise angetreten hat.

Zwischen mehrern sich die Rundgebungen englischer Blätter zu Gunsten einer gütlichen Vereinbarung mit Rußland. So schreibt u. A. das „Daily Chronicle“, es sei nur eine einzige vortheilhafte, sichere und würdevolle Politik für die britische Regierung vorhanden, nämlich, durch ein Gutachten der besten Sachverständigen genau festzustellen, wo gebieterrische britische Interessen in China beginnen und enden, und dann zu Rußland zu sagen: bis hierher und nicht weiter! Jeder Gutunterrichtete wisse, daß Rußland weder bereit noch Willens ist, mit England wegen des fernem Ostens zu kämpfen. Mit Deutschland könne man ein freundschaftliches Abkommen treffen. Frankreich sei eine „Quantité négligeable“.

Gleichzeitig dementirt die allernachste offiziöse „Politische Correspond.“ aus Kopenhagen eine Sensationsmeldung englischer Blätter, welche die Abreise der Prinzessin von Wales nach Kopenhagen mit der „drohenden Lage“ in Verbindung brachte, und wissen wollte, daß die Prinzessin die Aufgabe habe, durch ihren und ihrer Mutter Einfluß auf die Czarin-Witwe den „Krieg“ zwischen England und Rußland zu verhindern.

Derselben „Pol. Correspondenz“ ist auch russischerseits die Aufgabe des Abwiegels zugefallen. Eine Petersburger Meldung der „Polit. Corr.“ bezeichnet nämlich die Darstellungen, die in den letzten Tagen über die Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Rußland und England in Ostasien verbreitet wurden, als übertrieben. Es sei allerdings nicht zu streiten, daß sich die bestehenden Grundzüge durch die Schritte, zu denen sich der russische Vertreter in Peking, Herr Pawlow gegenüber den Ansprüchen Englands veranlaßt sah, einigermassen verschärft haben, trotzdem sei man aber nicht berechtigt, von einer bedrohlichen Gestaltung der Lage zu sprechen. In unterrichteten Kreisen sei man vielmehr überzeugt, daß auch diese Phase durch die Mittel friedlicher diplomatischer Action überwunden werden und daß den beiden Mächten die Wahrnehmung ihrer Interessen in Ostasien auch weiterhin ohne einen scharfen Zusammenstoß möglich sein wird. Die beiderseits bestehenden Dispositionen lassen erwarten, daß, wenn auch hinsichtlich mancher Reibungspunkte kaum zu vermeiden sein werden, ein offener Conflict sich aus denselben in absehbarer Zeit nicht entwickeln werde.

Drehschabdel und Anderes.

Der Proceß gegen Esterhazy droht sich zu einem Streit zwischen dem heiligsten Gerichtsbehörden auszuwickeln. Der Procurator der Republik, der die Acten der Untersuchung gegen Esterhazy geprüft hat, hat die Acten am Dienstag vertikal zurückgestellt. Dem „L'opinion“ zufolge hat der Procurator, gestützt auf die positive Entscheidung der Anklagekammer, nunmehr auch auf Einstellung des Verfahrens gegen Esterhazy und Rabane-Bay's wegen Incompetenz der Staatsanwaltschaft geschlossen. Die „Droits de l'homme“ deuten an, daß die Drehschabdel, nachdem die Strafverfolgung gegen Esterhazy abgeschlossen ist, und nach andererseits keine Klagen mehr eingeleitet, welche ihn täglich einen Falscher nennen, zu verurtheilen, neues Material gegen Esterhazy publiziert werde.

In späterer Abendstunde wurde gemeldet, daß Esterhazy trotz des Einspruchs des Procurators das Recht habe, die Acten der Untersuchung gegen Esterhazy und Rabane-Bay's in den Aktensachen zu hand zu versetzen. Die Acten muß nun wie die Affäre Esterhazy vor die Anklagekammer kommen. Diese hat auch zu entscheiden, ob Esterhazy in Freiheit zu setzen ist. Der „Soir“ meldet, der Untersuchungsrichter Esterhazy habe eine Verfügung erlassen, in welcher er den Major Esterhazy und Frau Bay's wegen Verbrechen vor die Anklagekammer bestellt. Da diese Verfügung mit den Schlussfolgerungen der Staatsanwaltschaft in Widerspruch steht, so werde er neuer Conflict zwischen dem Parlament und Esterhazy die wahrscheinlichste Folge sein.

Die „L'opinion“ veröffentlicht Jean Jansz's eine ausführliche, eingehende Studie: Les „Provas“ (Die „Beweise“).

weise“), deren Ergebnis er so zusammenfaßt, daß 1. Dreyfus ungeschlechtlich verurtheilt worden ist, unter Verletzung der wesentlichen, einem Angeklagten geschuldeten Bürgschaften, 2. daß Dreyfus durch einen Irrthum verurtheilt worden ist. Er ist ein Schuldbloser, der in der Feinde für das Verbrechen eines Anderen, für den Verfall eines Anderen büßt. Um die Qualen eines Unschuldigen zu verlängern, haben sich heute alle Mächte der Reaction und Lüge verbündet.

Wegen unlauterer Wahlmänner verurtheilt das Schwurgericht von Carcassonne den früheren Arbeitsminister Lurrel zu 300 Francs Geldstrafe und 800 Francs Schadenersatz für den unterlegenen Mitbewerber Verlioz. Das Organ Lurrel's „Le Telegramme“ ist freigesprochen worden.

Die Generalrats-Stichwahlen — 130 an der Zahl anstatt der ursprünglich berechneten 138 — haben den Radikalen einige 20 neue Sitze und den Socialisten 10 theils behauptete, theils neugewonnene Sitze gebracht. Die allgemeine Zusammenlegung der Generalrats, erfährt dadurch keine merkliche Veränderung. Die Socialisten verfahren nunmehr in der erneuerten Hälfte (142 Mandate, wozu noch 14 Nachwahlen der anderen Hälfte hinzukommen) insgesamt über 34 Mandate — ein Ergebnis, welches, wie bereits nach dem ersten Wahlgang hervorgehoben, sich hinsichtlich erklärt durch die Nähe der letzten Kammerwahlen und die schwache Wahlbetheiligung. Im Vergleich mit 1892 bezieht sich der socialistische Gewinn auf etwa 20 Mandate. Ein Vergleich der Stimmenzahl ist nur für die Gewerkschaftliche Arbeiterpartei möglich. Diese hat in der Hauptwahl 1898 rund 158,000 Stimmen erhalten, gegenüber 66,000 Stimmen in der Hauptwahl von 1892. Diese Stimmenzahl umfaßt die Generalrats- und die Bezirksratswahlen, d. h. ganz Frankreich, mit Ausnahme des Seine-Departements, dessen Generalrat aus den 80 Mitgliedern des Pariser Gemeinderathes und aus 21 gleichzeitig gewählten Vertretern der Pariser Umgegend besteht. Demnach hat die schwache Wahlbetheiligung bei den Departementswahlen bezw. der locale Charakter dieser Wahlen für die Arbeiterpartei allein im Vergleich mit den Kammerwahlen vom Mai 1898 einen Stimmenrückgang von 212,000 Stimmen bewirkt. Man sieht, wie viel schwieriger für die Socialisten das Eindringen in die Departementsräthe und damit in den Senat, als in die Reputirtenkammer ist, trotzdem hier wie dort das allgemeine Wahlrecht gilt.

Serbien.

Ueber einen drohenden Conflict zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien aus einer sehr interessanten Ursache geht der „Voss. Ztg.“ nach einem Bericht des „Pester Lloyd“ aus Orsova folgende Budapest Meldung zu: Es ist bekannt, daß die Braunschweiger Firma Ferdinand Luther mit der serbischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen hat bezüglich der Ausnutzung der Wasserkraft des Eisernen Thores zum Zwecke einer elektrischen Kraftübertragung. Das sollte in der Weise geschehen, daß die Firma am serbischen Ufer verschiedene Industrieanlagen errichten würde, deren Betrieb durch elektrische Kraftübertragung geschehen soll. Nun aber ist die ungarische Regierung durchaus nicht einverstanden damit, daß die werthvolle Wasserkraft auf die Ungarn in erster Reihe Anspruch hat, von fremder Seite in Beschlag genommen werde. Kaum hatte die deutsche Firma die Vorarbeiten begonnen, als sie diese auch schon einstellen mußte, weil die ungarische Regierung durch das Ministerium des Inneren bei der serbischen Regierung Vorstellungen machte gegen die einseitige Benützung der Wasserkraft des Eisernen Thores zu Gunsten Serbiens. Die Frage ist die, ob die beiden Uferstaaten (Ungarn und Serbien) zur Ausnutzung der Wasserkraft die gleichen Rechte besitzen oder ob dieses Recht nicht etwa ausschließlich Ungarn als dem mit der Regulierung des Eisernen Thores betrauten Staate gebührt. Die Streitfrage wird voraussichtlich durch eine internationale Commission entschieden werden müssen.

Partei-Angelegenheiten.

Das Nationalcomitee der spanischen socialistischen Arbeiterpartei erläßt folgende Bekanntmachung: Das Comitee bringt zur Kenntniss aller socialistischen Vereinigungen, daß zufolge eines beinahe einstimmig gefassten Beschlusses der jüngste Congress unserer Partei drei Monate nach Beendigung des Krieges zwischen unserem Land und den Vereinigten Staaten in Madrid abgehalten werden wird.

Die Bekanntmachung zeigt, daß unsere spanischen Genossen acemilt sind, die Konsequenzen aus der veränderten politischen Lage ihres Heimathlandes zu ziehen. Die Agitation der Socialisten gegen den Verlust vom Militärdienst — ihre seit Beginn des Krieges trotz aller Verfolgungen eifrig betriebene Friedenspropaganda haben in bisher der Partei fernstehenden Kreisen lebhaftes Sympathien für die socialistischen Bestrebungen geweckt, während andererseits die bis zum letzten Augenblick kriegerische Haltung der meisten früheren republikanischen Blätter einen großen Theil der Arbeiter, die früher zur republikanischen Partei hielten, arg verstimmt hat. Diese heute noch abseits stehenden, aber dem Socialismus geneigten Elemente heranzuziehen, das muß die nächste Aufgabe der Partei sein, und hierzu soll der Congress die Wege ebnen.

(Einde der Rubrik: Politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Breslau. Achtung Lederarbeiter! Am 10. August legten die Arbeiter der Glacelreifeberei von Carl Siebert, Bartschstraße 6, wegen Nachregelung zweier Kollegen die Arbeit nieder. Die Ausständigen stellen folgende Forderungen: Einstellung der gemäßigten Arbeiter. Keinerlei Entlassungen ohne 14tägige Kündigung. Einen durchschnittlichen Stundenlohn von 25 Pf. Bessere Behandlung seitens des Unternehmers. Nähere Auskunft ertheilt Josef Rauber, Bartschstraße 9, IV.

Die Maurer Frankfurts a. M., die am Montag in Zahl von 21, Tausend Mann die Arbeit eingestellt haben, verlangen die Fortsetzung der elfstündigen Arbeitszeit um eine Stunde und einen Mindestlohn von 45 Pf., für Arbeiter unter 19 Jahren einen solchen von 40 Pf., Abschaffung aller vermeidbaren Ueberstunden und Entschädigung der unbedingt notwendigen Ueberstunden mit 10 Pf. Zuschlag. Die Unternehmer wollen den älteren Maurern 42 Pf. Stundenlohn geben, auf alle übrigen Forderungen wollen sie nicht eingehen.

Die Maurer in Braunschweig befinden sich auf mehreren Bauten im Aufstande; sie fordern den Stundenlohn 45 Pf., der bei dem letzten Streik noch nicht überall errungen werden konnte. Die Tapezierer Schweinfurts sind von einer ausgedehnten Aussperrung betroffen worden. Die von den Unternehmern angeworbenen wenigen Ersatzkräfte werden wieder abreifen.

Aus aller Welt.

Aus Berlin. Als Kindesmörderin ermittelt und verhaftet wurde in der letzten Nacht auf Mittwoch die am 15ten Januar 1873 zu Berlin geborene Dienstmagd Pauline Kubner. Sie ist die Mutter des im Hofengraben mit einer Papierdüse im Rande todt aufgefundenen Knaben. Ihr Bräutigam war ein Soldat. Das Fädchen ist geknüpft, ihr neun Monate altes Kind vorgehen Abend zwischen 8 und 10 Uhr mittels einer in Thiergarten aufgefundenen Dohle, die sie dem Schlaftrunkenen Knaben in

den Mund preßte, geißelt und die Leiche in den Hofengraben geworfen zu haben, weil sie, wie sie angiebt, die hohen Pflegerlohn für das Kind nicht mehr zu zahlen im Stande gewesen sei.

Ueber die Festnahme eines Berliner Falschmünzgepaars wird aus Aachen telegraphirt, daß das Ehepaar Reye in einem dortigen Restaurant verhaftet wurde, und daß man in seinem Besitz ungefähr tausend falsche Thalerstücke fand. Die sofort drastisch benachrichtigte Berliner Criminalpolizei nahm alsbald eine Durchsuchung der bis vor Kurzem von dem Ehepaar innegehabten hiesigen Wohnung vor. Diese war aber bis auf ein paar Gardinen völlig ausgeräumt. Wo die Falschmünzwerkstatt selbst sich befindet, konnte noch nicht ermittelt werden.

Vom Unwetter. Ein schrecklicher Wirbelsturm hat die Gegend vom Rhein bis ins bergische Land verwüstet. Sonntag gegen 5 Uhr Nachmittags zogen plötzlich schwarze Wolken vom Rhein her über Mülheim, Delbrück, Berg-Bladbach, Dornthal und weiter, die zunächst einen heftigen Hagelsturm und dann einen wolkenbruchartigen Regen mit sich brachten. Zugleich raste ein orkanartiger Sturm über Städte und Dörfer, feste Häuser und Bäume weg und brachte unendlichen Schaden für einen großen Theil der Bevölkerung. Die größten Bäume der Landstraße von Mülheim über Delbrück nach B.-Bladbach wurden wie Streichhölzer geknickt, die Bahnstrecken waren durch Sträucher und Aeste gesperrt, die Dächer der Bauernhäuser wurden emporgehoben und zu Boden geschmettert. Besonders haben die Ortschaften Bassroth, Ruhbaum und Muggelitten, wo vielfach die schwersten Bäume auf die Häuser stürzten und die Bewohner verletzten. Der Schaden ist außerordentlich groß, zumal die ganze Obsternte vernichtet ist und daß auf den Feldern gemähte Korn weggeschwemmt wurde.

Ebenfalls am Sonntag herrschte in Kiel und den Nachbargebieten ein furchtbares Unwetter, das großen Schaden angerichtet hat. Ein orkanartiger Sturm, den heftige Gewitter und Niederschläge begleiteten, tobte fast 12 Stunden hindurch. In der Ostsee besaßen sich Dampf- und Segler in schwerer Bedrängniß. Aus vielen Ortschaften treffen Meldungen über Mißgeschick ein. Reiche Ernteborräthe sind völlig vernichtet. Menschen wurden getödtet und verletzt, Thiere auf dem Felde erschlagen. Die Gegend am Nordostküsten ist am schwersten heimgesucht. Das Gewitter erstreckte sich bis zur dänischen Grenze. In Sorgholm, in Wapenblitz, in Uelsholm sind umfangreiche Besitzungen durch zündende Blitze eingestürzt worden.

Ein äußerst schweres Unwetter zog auch am Sonntag Abend über Salzwedel herauf. Drei Gewitter kamen unter orkanartiger Sturmbegeleitung zum vollen Ausbruch. Taghell erleuchteten die stundenlang nicht auf einander folgenden Wolke die Nacht und der Donner ließ sich ebenfalls ununterbrochen vernehmen. Ein prässiender Regen ging gleichfalls hernieder. Die Bäume fast aller nach Salzwedel führenden Chaussees haben unter dem Sturme erheblich gelitten; vielfach liegt das noch unreife Obst wie gesät am Wege. Das über der sogenannten Brauthöhle der Marienkirche befindliche Storchennest wurde vom Sturme entführt.

Im Westthale bei Blotho in Westfalen entluden sich am Sonnabend Abend gegen 9 Uhr mit orkanartigem Sturm und Regen von Süden und Osten kommende schwere Gewitter, wobei der Horizont fortwährend von dem ununterbrochenen Blitzen grell erleuchtet wurde.

In dem Bezirke Neustrasch in Dähmen ging am Dienstag ein starkes Hagelwetter nieder, welches sehr bedeutenden Schaden anrichtete.

Nach einem heftigen Sirocco und Gewitter trat in Jansbrück starker Schneefall ein. — Auch in Bogen hat ein großer Temperatursturz stattgefunden. Die Dolomiten sind bis zur Thalsohle mit Schnee bedeckt.

Bei einem heftigen Sturm und bei Ueberschwemmungen, die großen Eigenthumschaden verursachten, sind auf Formosa hundert Menschen umgekommen.

Durch eine Feuersbrunst bei heftigem Orkan wurde das Dorf Binnye bei Dedenburg zerstört. 600 Einwohner sind obdachlos.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 11. August 1898.

* **Conservativer Stoßseufzer.** Der „Schles. Morgen-Ztg.“, die, wie wir kürzlich mittheilten, in der Bekämpfung der Socialdemokratie jetzt Großartiges leisten will, kauft die Reichstagswahl in Breslau noch einmal bitter auf. Das jetzt unter geistlicher Leitung stehende Blatt schreibt:

Angesichts der Reue, die die Regierung jetzt in den staatlichen Verhältnissen und in den Kriegervereinen betreffs socialdemokratischer Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen anstellt, möchten wir auch einmal darauf hinweisen, daß es gar nicht uninteressant wäre, Nachfrage zu halten, welche königlichen Beamten bei der Wahl sich der Stimmhaltung befleißigen. Es ist für einen Königl., besonders höheren Staatsbeamten zum Mindesten eine ebenso großes Unrecht, seine Gleichgültigkeit gegenüber dieser vaterländischen Pflicht durch Fernbleiben von der Wahlurne zu betonen, als für einen Arbeiter, für seine allerdings nur angelegliche, Arbeiterpartei zu stimmen. Indirect wird durch Stimmhaltung geradezu die Socialdemokratie unterstützt. Auch in Breslau sollen solche Fälle vorgekommen sein, wovon sich die Regierung sehr leicht durch Einsicht in die Wahllisten überzeugen könnte.

Im Weisheitstempel war Herr Pastor Rißke noch nicht; sonst müßten ihm die Worte bekannt sein: „Zur Liebe kann ich dich nicht zwingen.“

* Ein äußerst wohlthätiger Mensch ist offenbar der Graf Guido Hensel von Donnerstern. Derselbe hat eine Million Mark zu gemeinnützigen und wohlthätigen Zwecken hergegeben. Wie groß muß doch der Gewinn sein, den die Arbeiter den Unternehmern einbringen, wenn ein Einzelner Millionen verschütten kann?

* **Nicht genehmigte Statuten einer Beamten-Pensionskasse.** Das „Oberschl. Tagebl.“ schreibt: Die schon zu wiederholten Malen abgeänderten Statuten der Graf Guido Hensel von Donnerstern'schen Beamten-Pensionskasse sind, weil wieder zum größten Nachtheil der Beamten, diesmal von der Königl. Regierung zu Oppeln nicht genehmigt und dem Ministerium in Berlin zur weiteren Veranlassung überandt worden. Hoffentlich wird das Ministerium das Interesse der Beamten wahren, und so dürfen fernere Änderungen der Statuten nicht mehr eintreten.

* **Polnische Ausreißer.** Von den ausländischen Arbeitern, die zur vorübergehenden Beschäftigung in Schlesien zugelassen sind, haben wiederum eine große Anzahl ihre Arbeitsstätte verlassen und sind heimlich ausgereist. Einhandertsechzig solcher Ausreißer sind neuerdings wieder zur Anzeige gebracht worden. Der Regierungspräsident giebt die Namen der Contractbrüchigen bekannt und ersucht die Landräthe, nach dem Verbleibe derselben Ermittlungen anzustellen. — Die Leute werden offenbar jetzt in ihrer Heimath lobnende Beschäftigung gefunden haben und sich daher nach den Zielstätten der schlesischen Jänner nicht inwendig sehnen.

* **Eine öffentliche Bauarbeiter-Verammlung** tagte am 8. August. Zunächst erhaltete der Delegirte, College Lucas, Bericht über die Verammlung der Zimmerer, welche am 3. August den Beschluß faßte, eine Deputation an den Herrn Gewergerichts-Vorsitzenden, Stadtschiffikus Söh, zu senden, betreffs Fortsetzung einer Einigung zwischen den streikenden Maurern und den Bauunternehmern. Ferner bemerkte Lucas, daß die Maurer unbedingt an ihren geltenden Forderungen festhalten. Ihre Forderungen sind: Geben sie den Arbeitern schon dreimal wieder, was aber vordem letzteren immer abschlägig beschieden wurde. Der Bericht der gegnerischen Presse, daß die Bauarbeiter zu einer Einigung drängen, ist unwahr, denn die Bauarbeiter haben sich mit den streikenden

